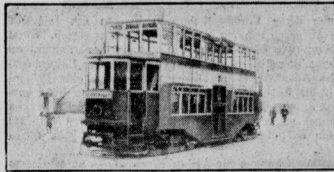


Volks-Zeitung

Mit „Unterhaltungs-Blatt“
 Moden-Zeitung Sport-Zeitung
 Film-Zeitung Haus u. Garten-Ztg
 Techn.-Zeitung Witzblatt „ULK“

2 MAL TÄGLICH = 60 PFG. WÖCHENTLICH



Zwei-stöckige Strassenbahn-wagen in Wien

Frühlings-fest in Eisenach

Berlins Notetat angenommen / Zehn Tote bei Feuerwerksexplosion / Pyrrhussieg Fricks

Die gerettete Partei

Und das gerettete Kabinett

O. N. Als gestern im Reichstag Herr Hugenberg den Untfall der Deutschnationalen Volkspartei mit einer Rückzugskanonnade zu verschleiern suchte, da gab es im Gegensatz zu sonst nicht ein einziges Mal Entrüstung oder Empörung im Hause. Und das wollte sehr viel sagen. Denn Herr Hugenberg wiederholte erneut die Verdächtigungen gegen die Minister Curtius und Wirth wegen ihrer Haltung in der Sanktionsfrage, er warf dem Kabinett in den schärfsten Tönen vor, ein „Partei-Kabinett der Mitte“, eine bloße Stütze des Marxismus zu sein. Aber all das wurde nicht tragisch genommen. Die Situation war so, dass man eben aufhörte, Herrn Hugenberg ernst zu nehmen. Gleichwohl muss man ausprechen, dass es für die grosse Öffentlichkeit — die insbesondere in jenen Organen, die Herrn Hugenberg dienstbar sind, sicher nicht erfahren wird, welche Rolle Herr Hugenberg in Wahrheit gespielt hat — besser gewesen wäre, der Reichskanzler hätte den Unterstellungen und Verdächtigungen des deutschnationalen Parteiführers klare und scharfe Richtigstellungen folgen lassen. Dass Herr Dr. Brüning schwieg, war und ist nur aus der Situation heraus zu erklären. Herr Hugenberg mühte sich ab, das für Weiss zu erklären, was seine Offiziösen am Tage zuvor für Schwarz erklärt hatten. Er verkündete mit donnernder Stimme, dass seine Fraktion der Regierung mit dem schärfsten Misstrauen gegenüberstehe, und weil dem so war, stimmte die deutschnationale Fraktion gegen alle Misstrauensanträge! In Wahrheit wusste man, dass die wunderlichen logischen Bocksprünge nur dem krampfhaften Bedürfnis entsprangen, die Partei bis auf weiteres zusammenzuhalten. Herr Hugenberg hatte am Mittwoch in seiner Fraktion „gesiegt“, 27 seiner Getreuen waren für das Misstrauensvotum, 19 erklärten, dagegen stimmen zu wollen, und 6 wollten Stimmhaltung üben. 12 von den 19 Neinsagern erklärten, unter gar keinen Umständen gegen das Kabinett stimmen zu wollen, selbst wenn die Parole „geschlossen gegen das Kabinett Brüning“ von der Parteiführung ausgegeben würde. Herr Hugenberg hat daraufhin vorsichtig verkündigen lassen, dass seine Fraktion „einmütig“ sei. Jetzt weiss man, was von solchen Versicherungen zu halten hat. Wenn die Deutschnationalen in drei Gruppen zerfallen, sind sie „einmütig“. Aber Herr Hugenberg musste nun am Donnerstag diese Einmütigkeit herstellen, um nicht vor der ganzen Öffentlichkeit die Dreispaltigkeit der Partei zu dokumentieren. Inzwischen hatte der Landbund seine Entschliessung zugunsten der Unterstützung des Reichsernährungsministers Schiele gefasst; inzwischen war auch eine Kundgebung des Stahlhelms eingelaufen, der sich gegen die Taktik des Herrn Hugenberg aussprach. Jetzt blieb dem stolzen Parteiführer nichts anderes übrig, als das Kabinett Brüning zu retten, wenn er die eigene Partei retten wollte!

Aber das parlamentarische Zahlenspiel zeitigt oft seltsame Ergebnisse. Indem sich 253 Stimmen für und nur 187 Stimmen gegen das Kabinett aussprachen, Herr Brüning also eine Mehrheit von 66 Stimmen erhielt, wurde gleichzeitig offenbar, dass die 60 Deutschnationalen das Kabinett nicht gerettet haben. Auch wenn Herr Hugenberg Stimmhaltung proklamiert hätte, würde es noch gelangt haben. Aber der deutschnationale Parteiführer wusste genau, dass es zu dieser Abstimmung nicht mehr gekommen wäre. Der Reichskanzler war im Besitz der Auflösungsorder, und er hätte sie vor der Abstimmung

Finanzgesetze im Eiltempo

Brüning geht an die sachliche Arbeit — Heute Steueraussschuss

Nachdem die deutschnationale Opposition trotz des durch ihren Führer Hugenberg dem Kabinett Brüning bekundeten tiefsten Misstruens unter gleichzeitiger Ablehnung der Misstrauensanträge die Bahn für die sachliche Arbeit freigegeben hat, kann es jetzt an die wichtigste Aufgabe, die Erledigung der Finanzgesetze herangehen. Das neue Etatsjahr hat bereits begonnen, aber noch immer ist der Haushalt für 1930 nicht verabschiedet, noch immer ist vor allem über die Steuergesetze, durch die die Reichsfinanzen saniert werden sollen, keine parlamentarische Entscheidung gefallen. Sie soll nun mit Beschleunigung herbeigeführt werden.

Gestern nachmittag fand eine Besprechung des Reichskanzlers und des Reichsfinanzministers Moldenhauer mit den Parteiführern und den Finanzsachverständigen der in der Regierung vertretenen Parteien über das Deckungsprogramm statt. Die Re-

gierung will zunächst versuchen, auch das Finanzprogramm im Reichstag selbst durchzubringen. Der Steueraussschuss des Reichstages ist auf heute vormittag zur Beratung des Finanzprogramms einberufen worden. Zwischen Kabinett und Regierungsparteien herrschte völlige Uebereinstimmung, dass die Deckungsprogramme mit aller Beschleunigung im Ausschuss erledigt werden müssten.

Gestern wurde vor allem über die Biersteuer gesprochen, deren Erhöhung man zunächst wieder auf 50 Prozent beschränken möchte (statt 75 Prozent in der ersten Fassung), wofür aber die Umsatzsteuer erhöht werden soll. Es wurde eine Erhöhung um ein Zehntel Prozent (von 0,75 auf 0,85 Prozent) erörtert. Ob man weiter auf ein volles Prozent steigen wird, hängt von dem Schicksal der anderen Steuern (Mineralwasser-, Benzin- und Benzolsteuer) in der Ausschussberatung ab.

hervorgezogen, wenn nicht die klare Zusicherung von Hugenberg ausgesprochen wurde, dass die Deutschnationalen die Misstrauensanträge ablehnen. Hinter den tönenden Worten des deutschnationalen Führers verbarg sich die schlotternde Angst vor Neuwahlen!

Offenbar hat die Sorge um den Ausfall etwaiger Neuwahlen auch auf die Sozialdemokratie eingewirkt. Bei der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion fehlten 24 Abgeordnete. Die bisherigen Minister sowie auch der preussische Ministerpräsident Dr. Braun und der frühere Finanzminister Dr. Hilferding haben sich nicht an der Abstimmung beteiligt. Carl Severing ist ein zu gut disziplinierter Parteimann, als dass er sich in solchen Fällen abseits stellen würde. Er hat für den Misstrauensantrag seiner Fraktion gestimmt. Von den Kommunisten fehlen sieben Abgeordnete. Es scheint, dass auch in der kommunistischen Fraktion über den Ausgang von Neuwahlen erhebliche Zweifel stehen. Die Nationalsozialisten waren für das Misstrauensvotum, nachdem sie aus der deutschnationalen Stellungnahme ersahen, dass ihre Gegnerschaft ungefährlich sei. Sie bedachten ihren Bundesgenossen Hugenberg sogar mit lebhaften Pfuirufen, deren Ehrlichkeit man an der Tatsache ermesnen kann, dass Herr Dr. Frick noch am Tage zuvor die Nationalsozialisten zur Stimmhaltung zu bewegen suchte.

Der Reichskanzler Dr. Brüning hat gestern abend noch die Parteiführer zusammenberufen. Er will sein Regie-

rungsprogramm noch vor den Osterferien durchsetzen. Wenn daraus geschlossen werden könnte, dass Herr Brüning zunächst den parlamentarischen Weg versuchen will, so könnte man das nur begrüssen. Sein Abstimmungserfolg darf ihm Beweis genug dafür sein, dass seine Stellung stark ist. Er hat betont, dass er auf der Verabschiedung des Gesamtprogramms bestehen müsse, d. h. es kann nicht eine Vorlage verabschiedet, eine andere verschleppt oder abgelehnt werden. Vermutlich bezieht sich diese Erklärung nur auf die Steuervorlagen und die besonderen Agrargesetze. Wir würden es jedoch für richtig halten, wenn in dieses Gesamtprogramm auch der deutsch-polnische Handelsvertrag eingeschlossen würde, dessen Schicksal zwar nicht gefährdet ist, weil die Sozialdemokratie dafür stimmen wird. Aber Herr Hugenberg könnte gerade diese Tatsache später zum Anlass nehmen, einen Misstrauensantrag zu stellen. Denn damit muss Herr Dr. Brüning rechnen: der Tag wird kommen, an dem Hugenberg die Parole ausübt „Rache für den 3. April!“ Wenn die Linke dann einem solchen Misstrauensantrag unbeschadet ihrer Haltung zum deutsch-polnischen Handelsvertrag zustimmen würde, so wäre die Situation für Herrn Dr. Brüning sehr prekär. Herr Hugenberg hätte dann die Wahlparole, die er sich wünscht. Augenblicklich ist er Objekt der Regierungsstrategie. Die Aufgabe des Kanzlers ist es, ihn nicht zum Subjekt werden zu lassen. Es ist zwar richtig, dass in Polen die Regierungsverhältnisse augenblicklich recht wenig geklärt sind. Man weiss nicht, wer dort den Handelsvertrag zu ratifizieren hat, aber gerade Deutschland sollte sich eine günstige Position schaffen, wenn es ohne Rücksicht auf die polnischen Schwierigkeiten seinerseits den Vertrag ratifizierte. Gerade darum empfiehlt es sich, ihn dem Gesamtprogramm einzuverleiben.

Natürlich wird der Kanzler bei der Verabschiedung seines Programms erneut darauf hinweisen, dass die Auflösungsorder noch ihre Gültigkeit hat. Sie hat gestern Wunder gewirkt, und sie dürfte auch für die Verabschiedung des Gesamtprogramms von einschneidender Bedeutung sein. Wenn sie die Verabschiedung des Regierungsprogramms ohne Anwendung des Diktaturartikels bewirken sollte, dann stünde das Kabinett Brüning recht gut da, und es könnte überraschenden Misstrauensanträgen von rechts mit gutem Gewissen entgegensehen.

Da lachen selbst die Hühner



Hugenberg: „Haben Sie bei mir schon mal einen Unfall erlebt?“